

Niederschrift Gemeinderat

über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates am Donnerstag, den 23.07.2020 um 19:30 Uhr in der Schaula der Grund- und Mittelschule Haimhausen.

Beginn: 19:30 Uhr Ende: 20:30 Uhr

Alle Mitglieder waren ordnungsgemäß geladen, gegen Form und Frist der Ladung werden keine Einwände erhoben.

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Gegen die Niederschrift der Sitzung vom 25.06.2020, die heute aufliegt, werden keine Einwände erhoben, sie gilt als genehmigt(§ 24 Abs.2. GeschO).

Vorsitzender: Zweite Bürgermeisterin Claudia Kops

Anwesende
Gemeinderäte:

Bettina Ahlrep
Ergun Dost
Angelika Goldfuß
Dorothea Hansen
Josef jun. Heigl
Veronika Horzella
Stefan Jänicke
Thomas Kranz
Michael Kuffner
Simon Käser
Georg Mayerbacher
Christina Meckel
Ludwig Meier
Thomas Mittermair
Martin Müller
Sabrina Spallek
Prof. Dr. Christian Stangl

Entschuldigt fehlten:

Peter Felbermeier
Anton Bredl
Detlef Wiese

Vorsitzender:


Claudia Kops
Zweite Bürgermeisterin

Schriftführer:


Peter Haslbeck

T a g e s o r d n u n g:

Öffentlicher Teil:

- 1. 6-streifiger Ausbau vom Autobahndreieck München-Feldmoching bis zum Autobahnkreuz Neufahrn; Stellungnahme zur 2. Tektur zum Planfeststellungsverfahren**
- 2. Einbeziehungssatzung "Ottershausen - Dachauer Str. 4 (FINr. 819 Gemarkung Haimhausen)"**
 - 2.1 Aufstellungsbeschluss**
 - 2.2 Vergabe von Planungsleistungen**
 - 2.3 Abschluss eines Kostenübernahmevertrags mit dem Planbegünstigten**
- 3. Vorläufige Jahresrechnung 2019**
- 4. Corona-Virus - Elternbeiträge**
 - 4.1 Elternbeiträge für die Kindertageseinrichtungen**
 - 4.2 Elternbeiträge für die Mittagsbetreuung**
- 5. Veröffentlichung von Beschlüssen aus der nichtöffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 25.06.2020**
- 6. Bericht des Bürgermeisters**
- 7. Wünsche und Anregungen**

Öffentliche Sitzung des Gemeinderates vom 23.07.2020

Zahl der geladenen Mitglieder: 21
18

Zahl der Anwesenden:

Entschuldigt: 3

Nicht entschuldigt: 0

1. **6-streifiger Ausbau vom Autobahndreieck München-Feldmoching bis zum Autobahnkreuz Neufahrn; Stellungnahme zur 2. Tektur zum Planfeststellungsverfahren**

Sachverhalt:

Wie in der Gemeinderatssitzung vom 25.06.2020 mitgeteilt, wurden die Planunterlagen zum Planfeststellungsverfahren in der geänderten 2. Tektur vom 27.03.2020 erneut ausgelegt. Die Tektur – bestehend aus Zeichnungen und Erläuterungen – ist über die Internetseite der Gemeinde Haimhausen unter Aktuelles und Termine – Bekanntmachung mit Link auf die Homepage der Regierung von Oberbayern einsehbar und lag in der Zeit vom 16.06.2020 bis 16.07.2020 aus. (Die Anschlussstelle Unterschleißheim ist auf dem Lageplan Nr. 5 /5 TS Blatt 5 zu ersehen.) Die Einwendungen gegen den Plan können bis 17.08.2020 erhoben werden. Die Einwendungsfrist gilt auch für die Gemeinden. Einwendungen können sich nur noch gegen den Plan richten, soweit er durch die 2. Tektur vom 27.02.2020 Änderungen erfahren hat

Mit Unterstützung des gemeindlichen Fahrradbeauftragten, Herrn Herrenbrück hat Herr Rechtsanwalt Hofmann, der u. a. auch Unterschleißheim, Oberschleißheim und Eching vertritt, einen Entwurf der Stellungnahme erarbeitet.

Es handelt es sich im Einzelnen um folgende Punkte:

- Verbreiterung des Geh- und Radweges entlang der B 13 von 3,25 m auf 4,00 m
- Klärung der Baulast der Brücke über den Massovkanal
- Berücksichtigung der Anschlussstelle im Bereich Mittenheim (Wiederholung der vorangegangenen Stellungnahme)
- Bau einer Direktrampe von Norden nach Westen (Wiederholung der vorangegangenen Stellungnahme)

Beschluss Nr. 1:

Der Gemeinderat nimmt Kenntnis vom Entwurf des Einwendungsschreibens und genehmigt dieses.

Abstimmungsergebnis: 18 : 0 (angenommen)

2. Einbeziehungssatzung "Ottershausen - Dachauer Str. 4 (FINr. 819 Gemarkung Haimhausen)"

Sachverhalt:

Die Eigentümer des Grundstücks mit der FINr. 819 (Dachauer Str. 4) der Gemarkung Haimhausen stellten letztes Jahr einen Antrag auf Vorbescheid zur Aufstockung des vorhandenen Nebengebäudes zu Wohnzwecken. Beabsichtigt war die Errichtung einer barrierefreien Wohneinheit sowie einer überdachten Terrasse.

Obwohl das Grundstück planungsrechtlich dem Außenbereich (§ 35 BauGB) zuzuordnen ist, sprach sich der Haupt- und Bauausschuss in seiner Sitzung am 24.06.2019 für das Vorhaben aus, da sich das Nebengebäude seiner mehrheitlichen Auffassung nach innerhalb der im Zusammenhang bebauter Ortsteile befindet und § 35 BauGB hier nicht zur Anwendung kommt.

Im Folgezeitraum teilte das Landratsamt Dachau als Genehmigungsbehörde sodann mit, dass dem Antrag auf Vorbescheid nicht entsprochen werden kann, da das Grundstück (doch) im Außenbereich liegt und die Genehmigungsvoraussetzungen nicht vorliegen.

Gespräche mit dem Landratsamt Dachau haben im Anschluss ergeben, dass hier der Erlass einer sogenannten Einbeziehungssatzung nach § 34 Abs. 4 Nr. 3 BauGB ohne Änderung des Flächennutzungsplans in Betracht käme. Ziel dieser städtebaulichen Satzung wäre die Zuordnung des Grundstücks mit der FINr. 819 Gemarkung Haimhausen zum Innenbereich. Der Prüfungsmaßstab zur Zulässigkeit von Vorhaben für das betroffene Grundstück würde sich dann vor allem dahingehend verändern, dass diese nicht mehr nach § 35 BauGB, sondern nach § 34 BauGB zu beurteilen wären. Anzumerken ist in diesem Zusammenhang, dass die angrenzenden Grundstücke (Dachauer Str. 4b, c, d und 6, 6a) planungsrechtlich bereits dem Innenbereich zugeordnet sind.

Mit Schreiben vom 06.11.2019 beantragte der Eigentümer die Überplanung seines Grundstücks mittels einer Einbeziehungssatzung ohne Änderung des Flächennutzungsplans und sicherte zu, etwaige Kosten (Planer, Gutachten usw.) zu übernehmen.

2.1 Aufstellungsbeschluss

Sachverhalt:

Unter Bezugnahme auf den im TOP 2 dargestellten Sachverhalt wird seitens der Verwaltung vorgeschlagen, das Verfahren zum Erlass einer Einbeziehungssatzung für das Grundstück mit der FINr. 819 der Gemarkung Haimhausen zu eröffnen. Damit kann die planungsrechtliche Zulässigkeit des beabsichtigten Vorhabens grundsätzlich geschaffen werden.

Beschluss Nr. 1:

Der Gemeinderat beschließt, eine Einbeziehungssatzung für das Grundstück FINr. 819 der Gemarkung Haimhausen nach § 34 Abs. 4 Nr. 3 BauGB zu erlassen. Der konkrete Geltungsbereich ist der Anlage zu entnehmen.

Abstimmungsergebnis: 18 : 0 (angenommen)

Beschluss Nr. 2:

Die Satzung soll den Namen „Einbeziehungssatzung Ottershausen – Dachauer Str. 4 (FINr. 819 Gemarkung Haimhausen)“ erhalten.

Abstimmungsergebnis: 18 : 0 (angenommen)

2.2 Vergabe von Planungsleistungen**Sachverhalt:**

Eine Anfrage beim Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München, mit dem die Gemeinde bereits mehrfach in Bauleitverfahren erfolgreich zusammengearbeitet hat, hat ergeben, dass die Planungskosten für die Ausarbeitung der Einbeziehungssatzung hier unter 10.000,- Euro liegen. Daher wären grundsätzlich keine Vergleichsangebote einzuholen und eine Direktvergabe (im Rahmen der Zuständigkeit des Ersten Bürgermeisters) möglich.

Beschluss Nr. 1:

Der Gemeinderat nimmt zustimmend Kenntnis, dass der Erste Bürgermeister im Rahmen seiner Aufgaben den Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München mit den Planungsleistungen zur Ausarbeitung der Einbeziehungssatzung „Ottershausen – Dachauer Str. 4 (FINr. 819 Gemarkung Haimhausen)“ beauftragt.

Abstimmungsergebnis: 18 : 0 (angenommen)

2.3 Abschluss eines Kostenübernahmevertrags mit dem Planbegünstigten**Sachverhalt:**

Auch wenn wie bereits im TOP 2 erwähnt, die Zusicherung zur Kostenübernahme des Verfahrens durch die Grundstückseigentümer vorliegt, ist der Abschluss eines Kostenübernahmevertrags dennoch – wie üblich – angezeigt.

Beschluss Nr. 1:

Der Gemeinderat nimmt zustimmend Kenntnis, dass der Erste Bürgermeister im Rahmen seiner Aufgaben einen Kostenübernahmevertrag mit den Planbegünstigten schließt.

Abstimmungsergebnis: 18 : 0 (angenommen)

3. Vorläufige Jahresrechnung 2019**Sachverhalt:**

Die vorläufige Jahresrechnung ist dem Gemeinderat 6 Monate nach Abschluss des Haushaltsjahres vorzulegen. Die vorläufigen Zahlen liegen dem Sachverhalt bei und gelten somit gemäß Art. 102 Abs. 2 GO als bekanntgegeben.

Vorläufiges Rechnungsergebnis 2019:

VwHH	VmHH	Rechnungsergebnis
1.427.624,86 €	- 2.848.599,86 €	- 1.420.975,00 €

Es wurden Haushaltseinnahmereste in Höhe von 1.131.000 € und Haushaltsausgabereste in Höhe von 1.451.238,30 € gebildet. Die Auflistung über die gebildeten Haushaltsreste ist dem Sachverhalt beigelegt.

Demnach ergeben sich voraussichtlich folgende Zuführungen und Entnahmen:

- Zuführung vom Verwaltungshaushalt zum Vermögenshaushalt in Höhe von voraussichtlich 1.427.624,86 € (Planansatz 661.500 €)
- Entnahme aus der allgemeinen Rücklage in Höhe von voraussichtlich 1.420.975 € (Planansatz 682.000 €)

Der Stand der Rücklage wird sich demnach voraussichtlich auf 303.299,73 € reduzieren. Die Mindestrücklage 2019 beträgt 108.576,67 € und ist somit eingehalten.

Mit der Durchführung der örtlichen Rechnungsprüfung gemäß Art. 103 Abs. 4 GO kann begonnen werden. Soweit aus der Mitte des Gemeinderats der Wunsch nach Prüfung eines speziellen Einnahme- bzw. Ausgabenbereichs besteht, kann der Rechnungsprüfungsausschuss damit beauftragt werden.

Nach Durchführung der örtlichen Rechnungsprüfung (und ggf. Aufklärung etwaiger Unstimmigkeiten) hat der Gemeinderat noch die Aufgabe die endgültige Jahresrechnung 2019 festzustellen sowie über die Entlastung zu beschließen.

Beschluss Nr. 1:

Der Gemeinderat nimmt die von der Verwaltung vorgelegte vorläufige Jahresrechnung 2019 zur Kenntnis. Der Rechnungsprüfungsausschuss wird entsprechend Art. 103 GO mit der örtlichen Rechnungsprüfung beauftragt.

Abstimmungsergebnis: 18 : 0 (angenommen)

4. Corona-Virus - Elternbeiträge

4.1 Elternbeiträge für die Kindertageseinrichtungen

Sachverhalt:

Durch Allgemeinverfügung zum Besuch von Kindertageseinrichtungen, Kindertagespflege und Heilpädagogischen Tagesstätten hat das Staatsministerium für Gesundheit und Pflege geregelt, dass ab 16. März 2020 keine Kinder die genannten Einrichtungen besuchen dürfen. Ausgenommen von dieser Regelung war die sog. Notbetreuung. Dies führte dazu, dass Eltern die vereinbarte Betreuung in den Einrichtungen nicht in Anspruch nehmen konnten.

Die bay. Staatsregierung hat am 28.04.2020 entschieden, Eltern und Träger in den Monaten April, Mai und Juni bei den Elternbeiträgen zu entlasten. Dies wurde den Eltern mit Schreiben vom 06.05.2020 mitgeteilt. Die entsprechende Richtlinie wurde am 02.06.2020 vom Bayerischen Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales bekanntgemacht. Voraussetzung für die Gewährung des Beitragsersatzes ist, dass die Träger der Einrichtung die Elternbeiträge in den jeweiligen Monaten April, Mai und Juni 2020 für alle Kinder, die in diesem Monat tatsächlich an keinem Tag betreut wurden, nicht erhoben bzw. bis 31.10.2020 vollständig zurückerstattet hat.

Die Gemeinde Haimhausen hat für die Monate 04 – 06/20 keine Beiträge erhoben (Notbetreuung ausgenommen)

Der Freistaat wird den Beitragsersatz pauschaliert ausbezahlen. Das heißt, wenn der Elternbeitrag grundsätzlich unter dem festgelegten Beitragsersatz liegt, wird trotzdem der volle Beitragsersatz ausbezahlt. Im Gegenzug trifft dies aber auch auf höhere

Elternbeiträge zu. Die Elternbeiträge in Haimhausen liegen im Schnitt über den festgelegten Beitragssätzen des Freistaats, sodass der Beitragsersatz denn Ausfall der Elternbeiträge nicht abdecken wird.

Der Beitragsersatz des Freistaats beträgt:

- für Krippenkinder 300 €
- für Kindergartenkinder 50 € (zusätzlich zum Elternbeitragszuschuss in Höhe von 100 €), d. h. Entlastung um 150 €,
- für Hortkinder 100 €, sowie
- für Kinder in Kindertagespflege 200 €.

Notbetreuung:

Ausgenommen von der oben genannten Regelung waren Kinder, deren Erziehungsberechtigte in Bereichen der sog. „systemrelevanten Berufen“ tätig sind und aufgrund dienstlicher oder betrieblicher Notwendigkeiten an einer Betreuung ihrer Kinder gehindert waren. Dazu zählten insbesondere alle Berufsgruppen, die etwa der Aufrechterhaltung der Gesundheitsversorgung und der Pflege dienen. Ebenso Personen die beispielsweise der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, einschließlich der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr (u.a. Feuerwehr, Rettungsdienst) und der Sicherstellung der öffentlichen Infrastrukturen angehören. Diese Kinder konnten bei Bedarf eine Notbetreuung in Anspruch nehmen.

Wenn ein Kind auch nur **an einem einzigen Tag** in den jeweiligen Monaten in der Notbetreuung betreut wurde, leistet der Freistaat für dieses Kind im jeweiligen Kalendermonat keinen Beitragsersatz. Die Inanspruchnahme der Notbetreuung auf die Elternbeiträge richtet sich dann nach den jeweiligen Regelungen vor Ort.

Eine Beitragsbefreiung für die Kinder in Notbetreuung ist durch die Fördervoraussetzungen nach dem BayKiBiG ausgeschlossen. Die Kinder in der Notbetreuung haben im Rahmen der Regelungen zum Infektionsschutz – wenn auch teilweise zeitlich eingeschränkt - eine pädagogische und personelle Leistung bezogen.

Im gesamten Landkreis gibt es keine einheitliche Vorgehensweise zu dieser Betreuungsform. Rein rechtlich gesehen besteht die Möglichkeit die vollen Beiträge für die Inanspruchnahme der Notbetreuung zu erheben.

Unter Berücksichtigung der besonderen Lage und auch zur Würdigung der systemrelevanten Berufe, sollen die Beiträge für die Notbetreuung nach der tatsächlichen Inanspruchnahme erhoben werden.

Finanzielle Auswirkungen:

Einrichtung	Ansatz 2020	Stand 16.03	Stand 10.07.	Differenz	mögliche Förderung	tatsächlicher Fehlbetrag
Kinderhausen	210.000,00 €	211.825,00 €	165.176,26 €	- 46.648,74 €	23.900,00 €	- 22.748,74 €
Kindergrippe	80.000,00 €	80.320,00 €	57.488,13 €	- 22.831,87 €	9.300,00 €	- 13.531,87 €

Beschluss Nr. 1:

Der Gemeinderat stimmt dem Beitragserlass für die Monate April, Mai und Juni zu.

Abstimmungsergebnis: 18 : 0 (angenommen)

Beschluss Nr. 2:

Der Gemeinderat beschließt, dass die Beiträge für die Notbetreuung entsprechend der tatsächlichen Inanspruchnahme erhoben werden.

Abstimmungsergebnis: 18 : 0 (angenommen)

4.2 Elternbeiträge für die Mittagsbetreuung**Sachverhalt:**

Wie unter TOP 4.1 wurden auch für die Mittagsbetreuung die Elternbeiträge für die Monate April, Mai und Juni (mit o. g. Ausnahmen) nicht erhoben.

Der Förderantrag an die Regierung von Oberbayern für den Beitragsersatz wurde am 08.07.2020 gestellt. Die beantragte Fördersumme beläuft sich auf 19.831 € für 86 Kinder.

Finanzielle Auswirkung, Stand der Sollstellung:

Ansatz 2020	Stand 16.03	Stand 10.07.	Differenz	mögliche Förderung	voraussichtlicher Fehlbetrag
115.000,00 €	115.590,00 €	73.085,63 €	- 42.504,37 €	19.831,00 €	- 22.673,37 €

Dass die Förderung geringer ist, liegt (wie auch bereits unter TOP 4.1 erläutert) an dem Unterschied zwischen den in Haimhausen geltenden Elternbeiträgen und der maximalen Förderhöhe. Anders, wie bei den Gebühren für die Kindertageseinrichtungen, wird hier nicht pauschal der maximale Förderbetrag ausbezahlt, sondern nur die tatsächliche Beitragshöhe, die auf die maximale Förderhöhe gedeckelt ist. Dies kann u. a. der Fall sein, wenn die Mittagbetreuung für ein Kind nur für einzelne Tage gebucht ist.

Für den Monat Juli wurden die Elternbeiträge wieder in voller Höhe veranschlagt. Der Regelbetrieb in den Schulen soll voraussichtlich erst im neuen Schuljahr wieder aufgenommen werden, sofern dies das Infektionsgeschehen zulässt.

Dies führt dazu, dass auch im Juli nicht die vollen gebuchten Tage bzw. Stunden in Anspruch genommen werden können.

In der Gebührensatzung unter § 5 Abs. 2 ist geregelt: „die Gebühren sind in voller Höhe zu entrichten, auch wenn ... ein Platz freigehalten wird“. Grundsätzlich besteht also ein Anspruch auf den Elternbeitrag.

Das weitere Verfahren bezüglich der Beiträge für Juli liegt im Verantwortungsbereich der Gemeinde. Eine Erstattung Seitens des Freistaats ist nicht vorgesehen.

In diesem Zuge wird auch nochmals auf den Tagesordnungspunkt 4 der Gemeinderatssitzung vom 25.06.2020 verwiesen. Die gesamten Auswirkungen der Corona-Krise sind noch immer nicht absehbar. Nach aktuellen Sollstellungen weist der Verwaltungshaushalt allerdings bereits ein Defizit auf. Erst in den nächsten Wochen und Monaten wird sich zeigen, ob dieses Defizit ausgeglichen werden kann.

Diskussionsverlauf:

GRM Ahlrep bringt zum Beschlussvorschlag Nr. 3 folgende Alternative ein, über den abgestimmt werden soll:

„Da ab Juli 2020 wieder eine Regelbetreuung nach den vorgegebenen Schulzeiten mit rd. 50 v.H. des regulären Schulbetriebs angeboten wird, ist auch die Hälfte des monatlichen Beitrags zu erheben. Liegt die tatsächliche Betreuungszeit über der Hälfte der regulären Betreuungszeit, ist der Beitrag nach der tatsächlichen Inanspruchnahme zu erheben.“

Der Alternativvorschlag wurde von der Vorsitzenden zur Abstimmung zugelassen.

Anmerkung:

Aufgrund des mehrheitlich gefassten Beschlusses Nr. 4 hat sich eine Beschlussfassung zur eingebrachten Alternative erübrigt.

Beschluss Nr. 1:

Der Gemeinderat stimmt dem Beitragserlass für die Monate April, Mai und Juni zu.

Abstimmungsergebnis: 18 : 0 (angenommen)

Beschluss Nr. 2:

Der Gemeinderat beschließt, dass die Beiträge für die Notbetreuung entsprechend der tatsächlichen Inanspruchnahme erhoben werden.

Abstimmungsergebnis: 18 : 0 (angenommen)

Beschluss Nr. 3:

Die Elternbeiträge für den Monat Juli werden gemäß den Regelungen in der geltenden Gebührensatzung erhoben.

Abstimmungsergebnis: 0 : 18 (abgelehnt)

Beschluss Nr. 4:

Die Elternbeiträge für den Monat Juli werden entsprechend der tatsächlichen Inanspruchnahme erhoben.

Abstimmungsergebnis: 14 : 4 (angenommen)

5. Veröffentlichung von Beschlüssen aus der nichtöffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 25.06.2020

Sachverhalt:

Der Gemeinderat beurteilt für die in der nichtöffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse die Gründe der Geheimhaltung für weggefallen und beschließt deshalb entsprechend Art. 52 Abs. 3 GO deren Veröffentlichung.

Diskussionsverlauf:

Anmerkung:

Im Anschluss an die Beschlussfassung gab die Vorsitzende den Beschluss zum Thema

- Zustimmung zur Darlehensaufnahme

bekannt, der auch in der Anlage der Niederschrift beigelegt ist.

Beschluss Nr. 1:

Der Gemeinderat beurteilt für den in der nichtöffentlichen Sitzung vom 25.06.2020 gefassten Beschluss zu TOP 9 die Gründe der Geheimhaltung für weggefallen und beschließt deshalb entsprechend Art. 52 Abs. 3 GO deren Veröffentlichung.

Abstimmungsergebnis: 18 : 0 (angenommen)

6. Bericht des Bürgermeisters

6.1 Aufwandsentschädigung f. Beauftragte d. Gemeinde

Sachverhalt:

Die Satzung zur Regelung von Fragen des örtlichen Gemeindeverfassungsrechts wird in §3 Abs. 6 dahingehend präzisiert, dass die Entschädigung für Referentinnen/-en auch für die gemeindlich bestellten Beauftragten Gültigkeit entfaltet. Dies wurde in der Praxis bereits durchgeführt, aber die Grundlage hierfür fehlte.

Neue Fassung von §3 Abs. 6 der Satzung, gelbe Markierung:

„Die vom Gemeinderat bestellten Referenten/-innen und Beauftragten erhalten für ihre ehrenamtliche Tätigkeit eine pauschale Entschädigung von 120 € monatlich.“

6.2 Betriebskostenförderung des Kath. Kinderhauses

Sachverhalt:

Zwischen der Gemeinde Haimhausen und der Kath. Kirche wurde 2016 eine Vereinbarung über die Betriebskostenförderung geschlossen. In dieser ist vereinbart, dass die Gemeinde neben den gesetzlichen Förderungen zusätzlich 80 % des ungedeckten Betriebsaufwands übernimmt. Höchstbetrag der freiwilligen Leistung ist das 70-fache des aktuellen Basiswertes.

Die Kath. Kirche hat 2019 die Art der Abrechnung umgestellt. Bisher wurden die Jahresrechnungen nach dem Kindergartenjahr erstellt. Also vom 01.09. – 31.08. jeden Jahres. Nun wurde das Abrechnungsjahr umgestellt, sodass die Jahresrechnung nach dem Kalenderjahr erstellt wird. Daraus ergibt sich, dass die aktuelle Abrechnung nicht über 12 Monate, sondern über 16 Monate erstellt wurde (vom 01.09.2018 – 31.12.2019)

Die Kath. Kirche beantragt nun die Defizitübernahme. Das Defizit für 4 Monate, die einmalig gesondert abgerechnet werden müssen ist enorm hoch. Das liegt daran, dass die Kirche in diesen 4 Monaten 5 Gehälter bezahlt, aber nur einen Abschlag nach BayKiBiG erhält. Desweiteren werden seit September 2019 zwei Berufspraktikantinnen beschäftigt. Bisher wurde nur eine refinanziert, aufgrund der schwierigen Personalsituation wurde nun eine zweite Praktikumsstelle genehmigt. Auf ein ganzes Jahr betrachtet, wäre das Defizit weitaus geringer.

Die letzten Jahre wurde der maximale Betrag lt. Betriebskostenvereinbarung nicht ausgeschöpft. Daher wurde bei der Haushaltsplanung für 2020 nicht der Maximalbetrag veranschlagt. Der Haushaltsansatz beträgt 97.500 €.

Beantragt wird die Defizitübernahme für 16 Monate in Höhe von insgesamt 104.414,32 €.

Der Höchstbetrag lt. Vereinbarung liegt für 16 Monate bei 110.960,27 €. Die beantragte Übernahme liegt also im Rahmen der vertraglichen Vereinbarung.

Allerdings ist darauf hinzuweisen, dass in dieser Abrechnung die Übernahme der Großraumzulage (GR 19.02.2020 TOP 12) noch nicht beachtet wurde. Nach Rücksprache mit der zuständigen Verwaltungsleitung wird diese Abrechnung erst im April 2021 erfolgen.

Eine abschließende Prüfung der Jahresrechnung erfolgt in den nächsten Wochen. Das Defizit kann sich also noch geringfügig ändern.

Die zusätzlichen Mittel von rd. 7.000 € werden unter HH-Stelle 4641.7004 im Nachtragshaushalt 2020 veranschlagt.

6.3 Investitionszuschuss an den Pfarrverband Fahrenzhausen-Haimhausen

Sachverhalt:

In der Gemeinderatsitzung vom 11.04.2019 wurde unter TOP 3 beschlossen, dass die Gemeinde Haimhausen 100% der Kosten für die Erstausrüstung im Kath. Kinderhaus übernimmt (auf diesen TOP 3 wird verwiesen). Die Kostenübernahme beträgt lt. Beschluss maximal 22.204,31 €.

Die erste Kostenübernahme für die Ausstattung des Kinderhauses wird nun beantragt. Diese Abrechnung beläuft sich auf 16.801,30 €, wobei uns bereits mitgeteilt wurde, dass noch eine zweite Abrechnung folgt, sodass der gesamte Betrag von 22.204,31 € ausgeschöpft wird.

Bei der Haushaltsaufstellung 2020 wurde dieser Zuschuss allerdings nicht beachtet.

Die Mittel werden unter HH-Stelle 4641.9880 im Nachtragshaushalt 2020 veranschlagt.

6.4 Einnahmenentwicklung

Sachverhalt:

Steuerbeteiligung:

Die Gemeinde hat den Bescheid vom Landesamt für Statistik über die Beteiligungsbeiträge an der Einkommensteuer, Einkommensteuerersatz und an der Umsatzsteuer für das 2. Quartal 2020 erhalten.

Demnach erhält die Gemeinde Haimhausen folgende Beteiligungen:

an der Einkommensteuer	1.021.117 €
an der Umsatzsteuer	34.327 €
Einkommensteuerersatz	66.845 €

Im Vergleich zum 1. Quartal 2020 beträgt die Differenz bei der Beteiligung an:

der Einkommensteuer	- 230.810 €
der Umsatzsteuer	- 5.933 €
Einkommensteuerersatz	- 270 €

Im Vergleich zum 2. Quartal 2029 beträgt die Differenz bei der Beteiligung an:

der Einkommensteuer - 172.970 €
der Umsatzsteuer - 4.141 €
Einkommensteuerersatz - 18.315 €

Gewerbesteuer:

Wie bereits in der Gemeinderatssitzung vom 25.06.2020 berichtet, muss die Gemeinde Haimhausen auch einen Rückgang bei den Gewerbesteuerereinnahmen verzeichnen. Die Gründe hierfür wurden bereits erläutert.

Der aktuelle Stand der Sollstellung beträgt zum 23.07.2020: 1.445.434 €.
Gegenüber dem Haushaltsansatz von 2.000.000 € ergibt das -554.566 € bzw. - 27,72 %

6.5 Zwischenstand zur Bürgerbeteiligung "Nördlich des Amperbergs"

Sachverhalt:

Derzeit findet bekanntlich die Bürgerbeteiligung zum geplanten Baugebiet „Nördlich des Amperbergs“ statt.

Mit Stand vom 21.07.2020 wurde der Fragebogen

- 102 x in Papierform und
- 205 x online ausgefüllt.

Die Fragebogenaktion endet am 31.07.2020. Voraussichtlich in der Septembersitzung des Gemeinderats wird die Auswertung hierzu vorgestellt.

7. Wünsche und Anregungen

7.1 Übernahme der Elternbeiträge für Kindertagesstätten der weiteren Träger am Ort

Diskussionsverlauf:

GRM Meckel weist auf die beiden anderen Träger von Kindertagesstätten hin, die ebenfalls für die coronabedingten Beitragsausfälle entlastet werden sollten. Die Gemeinde sollte diesbezüglich mit beiden Trägern Kontakt aufnehmen.

7.2 Bauarbeiten in der Hauptstraße

Diskussionsverlauf:

GMR Meckel fragt bezüglich der ungünstig koordinierten Zeit für die Bauarbeiten an der Hauptstraße (beim Fußgängerüberweg in Höhe Einmündung Pfarrstraße) kurz vor Ende des Schuljahres an.

Die Vorsitzende erwiderte, dass es sich um keine Bauarbeiten der Gemeinde handelte; vermutlich ging es Restarbeiten der Deutschen Glasfaser, die derzeit unterwegs ist.

7.3 Verunstaltung Radweg an der St2339 nach Ampermochng

Diskussionsverlauf:

Die 3. Bürgermeisterin, Frau Spallek, berichtet, dass der Radweg in Höhe des Waldes mit Farbe beschmiert bzw. gekennzeichnet wurde. Die Verwaltung wurde gebeten, die Verunreinigungen beseitigen zu lassen.

B e s c h l u s s

Gemeinderatssitzung vom 25.06.2020

Nichtöffentliche Sitzung

Zahl der geladenen Mitglieder: 21

Zahl der Anwesenden: 19

Entschuldigt: 2

Nicht entschuldigt: 0

TOP 9

Zustimmung zur Darlehensaufnahme

Beschluss Nr. 1:

Der Gemeinderat stimmt der Darlehensaufnahme i. H. v. 6.140.000 Euro bei der XXXXXX Bank zu und bevollmächtigt den ersten Bürgermeister zur Aufnahme des Darlehens.

Abstimmungsergebnis: X : X

Die Übereinstimmung vorstehenden Auszuges mit dem Sitzungsprotokoll der Gemeinderatssitzung wird hiermit beglaubigt.

Haimhausen, den 14.07.2020



Ostermeier

